

Saarland muss Energieland bleiben – Für eine neue Energiepolitik in Deutschland

IHK-Resolution zur Energiepolitik

1. Das Saarland ist nach wie vor ein Industrieland. Die Industrie ist hier überdurchschnittlich energieintensiv. Wichtige Branchen wie Stahlindustrie, Gießereien, Schmieden, Automobilindustrie und Metallverarbeitung gehören zu den größten Energieverbrauchern. Sie sind deshalb in besonderem Maße auf eine sichere und kostengünstige Energieversorgung angewiesen. Dies gilt umso mehr als sie voll im internationalen Wettbewerb stehen: Über die Hälfte der saarländischen Industrieproduktion geht ins Ausland.

Auch die saarländische Kraftwerkswirtschaft trägt in nennenswertem Umfang zur Wertschöpfung des Landes bei. Sie ist hervorragend in das deutsche und übernationale Verbundnetz eingebunden und hat deshalb auch nach dem Auslaufen der heimischen Steinkohleförderung gute Standortbedingungen. Schon aus netztechnischen Gründen ist es geboten, dass das Saarland auch in Zukunft Nettoexporteur von Elektrizität bleibt.

Das Saarland muss deshalb auch künftig Energieland bleiben. Eine sichere und preiswerte Energieversorgung ist notwendige Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung.

2. Die Vollversammlung der IHK appelliert an alle im Landtag vertretenen Parteien,
 - klar zu stellen, dass auf absehbare Zeit moderne Großkraftwerke auf Kohlebasis unverzichtbar sind;
 - sich beim Bundesverkehrsminister gemeinsam für den zügigen Ausbau der Moseleschleusen einzusetzen.
3. Die Vollversammlung begrüßt das Bekenntnis zur Landesregierung zu einer schrittweisen Modernisierung des saarländischen Kraftwerksparks und zur weiteren Nutzung der Steinkohle in modernen Großkraftwerken. Sie unterstützt die Bestrebungen, angesichts der drastisch gestiegenen Energiepreise, neue Möglichkeiten der Abwärmenutzung, Kraft-Wärme-Kopplung und des Ausbaus der Fernwärmeschiene zu prü-

fen und die Unternehmen in ihrem Bemühen um Steigerung der Energieeffizienz zu unterstützen.

4. Von der Bundesregierung erwartet die IHK-Vollversammlung eine grundlegende Neuorientierung der deutschen Energiepolitik. Notwendig ist ein Gesamtkonzept, das die drei wichtigsten Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit wieder ins Gleichgewicht bringt, realistische Planungen für den Energiemix der Zukunft enthält und das Genehmigungsrecht so anpasst, dass Vorhaben von überregionaler Bedeutung – bei Vorliegen aller übrigen Voraussetzungen – nicht an lokalen Einsprüchen scheitern können. Die im gerade beschlossenen Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze (Energieleitungsausbaugesetz) vorgesehenen Maßnahmen sollten deshalb auch für die Planung und Genehmigung größerer, überregional bedeutender Kraftwerksprojekte eingeführt werden.
5. Die Bundesregierung ist aufgefordert, im Sinne von mehr Versorgungssicherheit und höherer Effizienz der Energieversorgung auf allen Ebenen für mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten zu sorgen. Dazu gehören:
 - eine Netzregulierung, die allen Anbietern einen diskriminierungsfreien Zugang zu ihren Kunden gewährt und dynamische Anreize zur Kostensenkung und zu Investitionen in die nationale und grenzüberschreitenden Netzinfrastruktur setzt;
 - der Einsatz für einen offenen EU-Energiebinnenmarkt, insbesondere für die Beseitigung der in einzelnen Mitgliedsländern immer noch bestehenden Marktzutrittsbarrieren und Handelshemmnisse;
 - der Verzicht auf einseitige staatliche Zielfestlegungen zugunsten oder zulasten einzelner Energieträger. Staatliche Technologieverbote (wie bei der Kernkraft) und dauerhaft hohe Subventionen (wie bei erneuerbaren Energien) führen letztlich zu höheren Energiepreisen oder steigenden Steuern und belasten Unternehmen wie Verbraucher.
6. Die Vollversammlung appelliert an die Bundesregierung, ihre Energiepolitik nicht vorrangig auf klimapolitische Ziele auszurichten. Die Erderwärmung ist ein globales Problem und kann auch nur auf globaler Ebene gelöst werden. Ein überdurchschnittliches und teures Engagement in Deutschland verpufft wirkungslos, wenn sich die größten oder am schnellsten wachsenden Länder wie USA, China und Indien nicht ebenfalls ernsthaft am Klimaschutz beteiligen. Deshalb

- sollte sich die Bundesregierung für ein konsistentes, harmonisiertes System umweltpolitischer Instrumente innerhalb der EU einsetzen,
 - sollten deutsche oder europäische Zusagen zum Erreichen globaler Klimaschutzziele an die Bedingung geknüpft werden, dass sich auch die großen und schnell wachsenden Verbrauchsländer zu ehrgeizigen Zielen verpflichten.
7. Schließlich erwartet die Vollversammlung von der Bundesregierung, systematisch solchen Instrumenten und Maßnahmen den Vorzug zu geben, bei denen die Kosten der CO₂-Reduzierung am niedrigsten sind. Dies lässt sich am besten auf drei Wegen erreichen:
- verstärkter Einsatz eines wettbewerbskonformen Emissionshandels und weitgehender Verzicht auf willkürliche Vorgaben und Subventionen zugunsten einzelner Primärenergieträger oder Technologien,
 - verstärkte Anstrengungen in der Energieforschung, um alternative Energieerzeugung schneller an das Kostenniveau konventioneller Energien heranzuführen,
 - Verlängerung der Laufzeiten für die bestehenden deutschen Kernkraftwerke und Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für den schnellen Ersatz alter durch neue Kohlekraftwerke.
8. Die IHK hilft – gemeinsam mit der ZPT – ihren Mitgliedsunternehmen dabei, ihre Energieeffizienz zu erhöhen und dadurch die Auswirkungen der extremen Energiepreissteigerungen zu begrenzen: Das Umweltforum Saar und der Arbeitskreis „Rationelle Energienutzung“ bieten Vorträge, Best Practice Beispiele und die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch, der IHK-Zertifikatslehrgang „EnergieManager“ bietet das passende Weiterbildungsangebot für Mitarbeiter. Schließlich beteiligt sich die IHK am europaweiten Beratungsprojekt SME4E: „Small and Medium Enterprises for Energy Efficiency in Europe“. Beim ähnlich ausgerichteten KfW-Sonderprogramm „Energieeffizienz in KMU“ ist die ZPT Regionalpartner für das Saarland.

Die Vollversammlung unterstützt dieses Engagement und ruft alle Unternehmen dazu auf, diese Angebote zu nutzen.